

Stadt Haan

Niederschrift über die

1. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan

am Dienstag, dem 08.12.2009 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
19:10

Vorsitz

Bürgermeister Knut vom Bovert

CDU-Fraktion

Stv. Marlies Goetze
Stv. Dr. Dieter Gräßler
Stv. Gerd Holberg
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind
Stv. Andreas Wasgien
Stv. Rainer Wetterau

bis TOP 11

Vertretung für Stv. Jens Lemke

Vertretung für Stv. Harald Giebels

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Wilfried Pohler
Stv. Bernd Stracke
Stv. Heinrich Wolfsperger
Stv. Ute Wollmann

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert
Stv. Klaus Straßburg
Stv. Arnd Vossieg

Vertretung für Stv. Friedhelm Kohl

GAL-Fraktion

Stv. Petra Lerch
Stv. Jochen Sack

UWG-Fraktion

Stv. Gerhard Herder

Vertretung für Stv. Karl-Hermann Käpernick

Die Linke

Stv. Michael Henchoz

Verwaltung

Beigeordnete/r Matthias Buckesfeld

Herr Bernd Duske
Beigeordnete/r Dagmar Formella
Herr Michael Rennert
Herr Wilhelm Terhardt

Schriftführer

Herr Fabian Winkler

Der Vorsitzende Knut vom Bover eröffnet um 17:00 Uhr die 1. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Stv. Henchoz weist auf zwei Tischvorlagen der Links-Fraktion zu den TOP 3 und 11.1 hin.

Bgm. vom Bover erklärt, die Anträge der Links-Fraktion seien nach Geschäftsordnung des Rates zu spät eingegangen, aber dennoch im Rahmen der normalen Beratung zu berücksichtigen.

Die TOP 4 und 16 würden wegen des Ausfalls der Rechnungsprüfungsausschuss-Sitzung ebenso von der Tagesordnung genommen wie der TOP 7, da der PIUA dies erneut beraten möchte, bevor eine weitere Beratung in HFA oder Rat erfolgt.

1./ Bürgerantrag: Einführung einer Ehrenamtscard **Vorlage: 10/035/2009**

Protokoll:

Stv. Pohler sieht eine Fülle ehrenamtlich Tätiger in Haan, er erinnere nur an den SPD-Antrag zum "Haus der Vereine". Das Thema müsse breiter diskutiert werden. Er schlägt eine Ehrenamtsbörse auf der städtischen Homepage vor, wie bei anderen Städten auch üblich. Weiterhin solle es einen Ansprechpartner in der Verwaltung geben. Die Verweisung des Antrages in den Sozialausschuss sei nicht zu beanstanden.

Bgm. vom Bover weist darauf hin, dass die Stadt Haan auch weiterhin alle verdienten ehrenamtlich Tätigen im 5-Jahres-Rhythmus ehrt.

Stv. Holberg unterstützt diesen Antrag für die CDU-Fraktion. Die Fachleute des Sozialausschusses sollten beteiligt werden.

Stv. Stracke wirft ein, dass bürgerschaftliches Engagement über den Sozialbereich hinaus gehe und alle Ausschüsse, in deren Tätigkeitsbereich Ehrenamtler beschäftigt waren, zu beteiligen seien.

Stv. Ruppert sieht praktische Probleme bei der Umsetzbarkeit dieses Bürgerantrages. Es sei zu prüfen, ob der zu erwartende Aufwand in einem vernünftigen Verhältnis zum möglichen Erfolg stehe.

Bgm. vom Bover fügt an, in Haan gebe es ca. 120 eingetragene Vereine mit gemeinnütziger Tätigkeit. Er halte eine Differenzierung und Verifizierung für problematisch, wer aufgrund welcher messbaren Leistung in den Genuss einer Ehrenamtscard kommen solle.

Stv. Wetterau empfiehlt, die Stadt solle sich die Erfahrungen anderer Städte in dieser Thematik zu Nutze machen. Mittelfristig müsse eine landesweite Unterstützung angestrebt werden.

Auch **Stv. Sack** möchte die Thematik nicht auf eine Ermäßigungskarte reduzieren. Viele vor allem ältere Menschen wollten sich ehrenamtlich in der Gesellschaft engagieren. Dazu müsse ihnen die Gelegenheit gegeben werden. Gerade älteren Menschen müsse eine Wertschätzung, ein Gebraucht-Werden signalisiert werden.

Stv. Stracke schlägt vor, den Antrag zunächst in den Sozialausschuss zu verweisen. Hierzu seien Vertreter aller potenziell betroffenen Ausschüsse einzuladen. Andere Ausschüsse könnten sich eine weitere Beratung vorbehalten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Der Bürgerantrag wird zur weiteren Beratung mit der Maßgabe zunächst an den Sozialausschuss verwiesen, dass alle weiteren beteiligten Ausschüsse zu dieser Sitzung eingeladen werden und sich vorbehalten können, diese Angelegenheit ebenfalls zu beraten."

2./ Bürgerantrag: Satzungsänderung der "Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung in der Stadt Haan" Vorlage: 10/039/2009

Protokoll:

Fraktionsübergreifend besteht Einigkeit, die durch den Bürgerantrag vorgeschlagene Modifizierung mit in die Satzung aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Der im Bürgerantrag vorgeschlagenen Modifizierung des § 2 (2) der "Satzung über

die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung in der Stadt Haan"

"Nach Beendigung der Amtszeit übt die / der bisherige Amtsinhaberin / Amtsinhaber bis zu ihrer / seiner Neubestellung oder bis zur Bestellung einer / eines neuen Amtsinhaberin / Amtsinhabers ihre / seine Tätigkeit weiter aus"

wird zugestimmt."

3./ Bürgerantrag: Alternative Innenstadtentwicklung **Vorlage: 10/041/2009**

Protokoll:

Stv. Pohler sieht keinen Sinn darin, den PIUA erneut mit der Beratung dieses Bürgerantrages zu beauftragen. Der gesamte Prozess laufe schon sehr lange und müsse zu einem baldigen Abschluss geführt werden. Durch den vorliegenden Bürgerantrag würden Erwartungen geweckt, die nicht zu erfüllen seien. Der Rat gebe durch den Bebauungsplan den Rahmen vor, in dem sich der Investor bewegen könne. Ein bestimmter Branchenmix könne durch den Rat nicht vorgegeben werden. Das Thema Windhövel sollte erst wieder in HFA und Rat diskutiert werden, wenn konkrete Anträge seitens eines Investors vorlägen.

Bgm. vom Bover wirft ein, das Verfahren vor der Vergabekammer sei auf den 23.12.2009 vertagt worden.

Auch **Stv. Ruppert** möchte keine weitere Beratung des Themas durch den PIUA. Ziel des Antrages sei ganz klar, den beschlossenen Bebauungsplan aufzuheben.

Stv. Holberg ist der Ansicht, dass über die ein oder andere Nuance des Bürgerantrages bei Vorliegen eines konkreten Antrages seitens eines Investors durchaus gesprochen werden könne.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Die Entscheidung über diesen Bürgerantrag wird in die Sitzung des Rates am 23.02.2010 verschoben.“

**4./ Änderung der Hauptsatzung der Stadt Haan
Vorlage: 10/038/2009**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Haan vom 22.01.1992 wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.“

**5./ Beteiligungsbericht 2008
Bericht über die Beteiligung der Stadt Haan an privaten Unternehmen und
Einrichtungen
Vorlage: 23/003/2009**

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Der Beteiligungsbericht wird zur Kenntnis genommen."

**6./ Satzung der Stadt Haan über die 13. Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der Abwasseranlage (Abwassergebührensatzung) und Festsetzung der Benutzungsgebühren für das Jahr 2010.
Vorlage: 60/002/2009**

Protokoll:

Stv. Holberg spricht der Verwaltung seinen Dank für sorgfältig vorbereitete Sitzungsvorlagen aus und freut sich, dass die Gesamtsumme der Belastungen nahezu unverändert sei. Insgesamt würden die Verbraucher gar weniger belastet als in den Vorjahren.

Stv. Pohler schließt sich der Danksagung in Richtung Verwaltung an. Ihn irritierten

unterschiedliche Beträge im Vergleich zu anderen Städten. So erschließe sich ihm nicht, warum die BRW-Mitglieder sich über eine Reduzierung von 4 Cent freuen dürften, wenn der BRW seine Gebühr um 0,09 Cent erhöht habe. Weiter sei schwer nachzuvollziehen, wie die Kostenanteile der Querschnittsämter zustande kämen.

StVR Duske erklärt, bereits Rücksprache mit den Hildener Kollegen gehalten zu haben. Danach seien die Kosten der BRW-Mitglieder nicht abhängig vom BRW und dessen Gebühren, sondern allein von den Kosten, die bei der Stadt Haan entstünden.

Haan habe u.a. deshalb höhere Kosten als die Nachbarstadt, weil man geographische Nachteile habe. Bei den Querschnittsämtern würden die Kostenanteile der einzelnen Ämter nach einem komplizierten Schlüssel ermittelt und verteilt. Da sich dies nicht so leicht erklären ließe, biete er interessierten Politikern Akteneinsicht an.

Stv. Lukat ist aufgefallen, dass die Stadt eine um 34.000 qm geringere versiegelte Fläche als im Vorjahr angesetzt habe und bittet um Erklärung.

StVR Duske erläutert, dies sei ein Ausfluss aus den Korrekturdaten der Eigentümer, die diese der Stadt zugeschickt hatten, nachdem die Stadt die Daten der Luftbilddaufnahmen ausgewertet hatte.

Stv. Wetterau fragt, ob die Verwaltung die Absicht habe, die von den Bürgern gemachten Angaben zu überprüfen.

StVR Duske erklärt, die Verwaltung habe bei allen Rückläufen Plausibilitätskontrollen durchgeführt, bei Verdachtsfällen seien stichprobenartige Ortsbesichtigungen erfolgt.

Bgo. Buckesfeld stellt klar, dass sich aufgrund des ständig ändernden Erscheinungsbildes der Haaner Landschaft wiederkehrende Überfliegungen im 15 Jahres-Rhythmus stattfinden müssten.

Stv. Herder möchte wissen, warum sich die Versicherungsbeiträge bei Beamten und Angestellten unterscheiden.

StVR Duske führt aus, dass bei Beamten die Regressfälle zur Rabattierung führten.

Bgo. Formella fügt an, dass die Sozialversicherungsbeiträge bei den Angestellten bereits in den Beiträgen enthalten seien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

1. Die mit dieser Sitzungsvorlage vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung "Kanalbenutzungsgebühren 2010" wird beschlossen.

-
2. Die Satzung über die 13. Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der Abwasseranlage - Abwassergebührensatzung- wird entsprechend dem vorliegenden Entwurf beschlossen.

7./ Satzung der Stadt Haan über die 13. Änderung der Satzung über die Entsorgung von Abwassergruben und privaten Kleinkläranlagen (Grundstücksentwässerungsanlagen) und Festsetzung der Gebühren für das Jahr 2010
Vorlage: 60/003/2009

bstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

1. Die mit dieser Sitzungsvorlage vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung „**Gebühren für die Entsorgung von Abwassergruben und privaten Kleinkläranlagen 2010**“ wird beschlossen.
2. Die „**Satzung der Stadt Haan über die 13. Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen**“ in der vorgelegten Fassung wird beschlossen.

8./ Satzung der Stadt Haan über die Festsetzung der Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2010
Vorlage: 60/005/2009

Protokoll:

Stv. Pohler sind unterschiedliche Preise bei den Müllgefäßen im Vergleich mit Hilden aufgefallen und bittet um Aufklärung.

StVR Duske erläutert, die Stadt Hilden erhebe für Biomülltonnen eine Sondergebühr, die in Haan bereits in der Gebühr enthalten sei. Zudem hätten die Hildener wegen des höheren Müllaufkommens ein größeres Behältervolumen gewählt.

Stv. Holberg stellt fest, dass die Müllverbrennungsgebühren angestiegen seien und die Entnahme aus der Sonderrücklage der Stadt halbiert worden sei. Er fragt, ob es sich um eine einmalige Sache oder den Anfang eines Trends handele.

StVR Duske führt aus, die Gebühr des Kreises Mettmann werde durch den Abfallverbund EKO-City und die Altpapierentnahmen beeinflusst. Die Kapazitäten der Müllverbrennungsanlagen seien derzeit nicht ausgelastet, ein weiterer Rückgang sei aber dieserhalb nicht zu erwarten. Auch der Papierpreis sei derzeit auf tiefem Niveau. Dies seien nicht abzusehende Entwicklungen, die dem Kreis geringe Erlöse bescherten, die dieser auf die Gebühr umlege.

Stv. Herder möchte wissen, ob und wann aus dem Vertrag ausgestiegen werden könne. Weiterhin sei ihm aufgefallen, dass ein Ungleichgewicht bei den in Rechnung gestellten Gebühren zwischen der Ersparnis bei Nichtnutzung und den Mehrgebühren bei Mehrnutzung bestehe und fragt, ob hier nicht ein rechnerischer Ausgleich möglich sei.

StVR Duske macht deutlich, die Zusatzgebühren resultierten aus Pauschgebühren und nicht aus Berechnungen. Da die Bioabfälle in jedem Fall abgefahren würden (graue statt braune Tonnen), würde dies von den Inhabern der grauen Tonnen subventioniert. Der Kreis Mettmann besitze die Zuständigkeit für die Entsorgungsanlagen, die Stadt Haan könne nicht eigenmächtig aus dem Abfallverbund aussteigen. Nach Landesabfallgesetz seien die Städte für die Entsorgung und die Kreise für die Verbrennung des anfallenden Mülls zuständig.

Stv. Dr. Gräßler ergänzt, der Kreis Mettmann verfüge im Verhältnis zu vielen kreisfreien Städten über sehr günstige Konditionen zur Müllverbrennung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

1. Die mit dieser Sitzungsvorlage vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung "Abfallentsorgungsgebühren 2010" wird beschlossen.
2. Die Satzung über die Festsetzung der Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2010 in der vorgelegten Fassung wird beschlossen.

9./ Satzung der Stadt Haan über die 35. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
Vorlage: 60/004/2009

Protokoll:

Stv. Pohler freut sich über stabile Gebühren, meint aber die Qualität der Reinigung könne hier und da noch verbessert werden. So könne über die Nachreinigung per Hand in Straßen mit Hochbeeten nachgedacht werden.

StVR Duske erklärt, die Reinigungsqualität werde regelmäßig überprüft, eine flächendeckende Handreinigung sei aber zu aufwändig und nicht zu leisten. Dennoch erbitte er Hinweise zu nicht optimalen Reinigungsvorgängen im Stadtgebiet.

Stv. Holberg berichtet, viele Städte erhöhen in bestimmten Straßen Abstellverbote für Autos zu bestimmten Zeiten und fragt, ob dies nicht auch auf Haan übertragbar wäre.

Bgo. Buckesfeld weist darauf hin, dass sich der zuständige Fachausschuss regelmäßig mit dem Unternehmereinsatz befasse. Einzelproblematiken bitte er dem Baudezernat zukommen zu lassen. Das Abstellverbot für Autos habe der Fachausschuss zuletzt abgelehnt, auch wenn es theoretisch aufstellbar wäre.

Stv. Wetterau möchte der Verwaltung ein Lob für die Straßenreinigung am Forstweg / Ginsterweg aussprechen. Hier zeige die zusätzliche Handreinigung positive Ergebnisse.

Stv. Herder wundert sich über den Mehraufwand wegen des in die Rinnen gekehrten Laubes und bittet um Erklärung.

StVR Duske führt aus, die Problematik des von Anwohnern vom Bürgersteig in die Straßenrinnen gekehrten Laubes sei nicht neu, nehme aber von Jahr zu Jahr zu und sei vom Handreiniger aufzunehmen. Um diesen eine höhere Vergütung für ihre zusätzliche Arbeit zahlen zu können, sei die Gebühr erhöht worden. Man wolle nicht der Hildener Praxis folgen und um die Laubhaufen herumfahren.

Stv. Herder wundert sich zudem über die reziproke Taxierung von Anlieger- / und Hauptstraßen im Winterdienst und bittet um Erläuterung.

StVR Duske macht deutlich, dass hier eine Änderung aufgrund der gültigen Rechtsprechung nicht möglich sei. Anlieger müssten für die Reinigung einer Hauptverkehrsstraße weniger zahlen, weil sie ein geringeres Interesse an deren Funktionstüchtigkeit hätten. Die Taxierung im Winterdienst sei seit dem Jahr 2005 wegen der Rechtsprechung geändert worden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

1. Die mit dieser Sitzungsvorlage vorgelegten Gebührenbedarfsberechnungen "Straßenreinigung und Winterdienst 2010" werden beschlossen.
2. Es wird eine Satzung über die 35. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren entsprechend dem vorgelegten Entwurf (Anlage III) verabschiedet.

9.1. Änderung der Tarifordnung des Hallenbades "Alter Kirchplatz"**/ Vorlage: 40/004/2009**

Protokoll:

Ergänzend zur neuen Vorlage erläutert **Bgo. Formella**, künftig würde die Gebührendiskussion gemäß dem Antrag der Links-Fraktion in kürzeren Abständen geführt. Die komplexe Gebührenordnung solle bald verschlankt werden. Sonntags müsse der Frühaufsteher-Tarif aufgrund der Öffnungszeiten auf 8.00 bis 9.30 Uhr verschoben werden. Für 50er-Karten werde den Kunden eine Übergangszeit bis Dezember 2010 eingeräumt. Die Haaner Familienkarte wirke sich durchgehend gebührenmindernd aus.

Stv. Pohler moniert, dem Beschlussvorschlag könne in dieser Form nicht zugestimmt werden. Da eine komplette Kostendeckung in diesen Einrichtungen nicht möglich sei, plädiere er für eine schrittweise Preiserhöhung um 10 %. Vor allem die jungen Leute müssten zum Schwimmen gebracht werden. Für den Sozialtarif schlage er alternativ einen Preis von 1,30 € vor. Er bitte die Verwaltung um Aufbereitung der Vorlage bis zur Sitzung des Rates in der kommenden Woche.

Stv. Goetze hält die vorgelegte Tarifordnung im Hinblick auf die einleitenden Klarstellungen der Verwaltung für beschlussreif. Wichtig sei, den Familientarif (Familienkarte) durchgängig in die Tarifordnung aufzunehmen. Sie wünsche sich häufigere Tarifanpassungen.

Stv. Vossieg hält die Ansammlung von Tarifen für unverhältnismäßig komplex. Die Preise müssten für den Bürger nachvollziehbar sein.

Auch **Stv. Herder** kritisiert die schwere Handhabung dieser Tarifordnung. Die kaufmännische Basis der Erhöhung sei nicht nachvollziehbar (Kosten, Nutzung, Auslastung).

Bgo. Formella erklärt, Bäder dieser Struktur könnten nicht Kosten deckend arbeiten, daher sei eine moderate Anpassung durchaus zu vertreten.

Stv. Lerch warnt davor, die Kunden durch fehlende Logik in der Tarifordnung zu verwirren. Höhere Gebühren müssten nicht unbedingt höhere Einnahmen bedeuten,

wenn die Kunden ausblieben.

Stv. Goetze meint, eine Entzerrung habe im Bereich der Mittags-Schwimmer bereits stattgefunden. Die Tarifordnung solle nun auf den Weg geschickt werden, die Annahme durch die Kunden zeitnah überprüft werden.

Stv. Drennhaus erinnert daran, dass diese Tarifordnung im Fachausschuss so gewollt war. Die Arbeit des Fachausschusses solle nicht im HFA schlechtgeredet werden. Es solle nun zur Abstimmung kommen.

Stv. Vossieg schlägt vor, die Tarifordnung für 2010 mit der Prämisse laufen zu lassen, für das Jahr 2011 eine deutliche Tarifänderung anzustreben.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja- und 9 Nein-Stimmen

Beschluss:

"Die Tarifordnung des Hallenbades „Alter Kirchplatz“ wird mit Wirkung vom 01.01.2010 entsprechend der Anlagen zu dieser Sitzungsvorlage und den in der HFA-Sitzung am 08.12.2009 mündlich durch die Verwaltung angekündigten Zusätze neu gefasst."

10./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Wolfesperger thematisiert erneut das verkehrsbehindernde Parken von LKW auf der Düsseldorf Straße. Es erreichen ihn zunehmende Beschwerden von Bürgern, die die schlechte Einsicht der Straße beklagen, die gefährliche Situationen für Fußgänger heraufbeschwören. In Erkrath sei in einem ähnlichen Fall ein Parkverbot für LKW ausgesprochen. Evtl. bestehe die Möglichkeit, die LKW im Gewerbegebiet unterzubringen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Im vorderen Teil dieses Straßenabschnittes wurde bereits ein Parkverbot ausgesprochen. Man kann jedoch nicht in diesem Gewerbegebiet ein Parkverbot bis zur Leichtmetallstraße aussprechen. Dies widerspricht den Zielen der Wirtschaftsförderung. Eine Verlagerung der LKW's auf die Leichtmetallstraße, wird unter Mithilfe der Polizei angestrebt.

Stv. Dr. Gräßler erkundigt sich nach einer zusätzlichen HFA-Sitzung am 16.02.10.

StOVR Terhardt erläutert, an diesem Termin sei ursprünglich die Etatberatung geplant gewesen, nun sei an diesem Termin eine Sondersitzung des HFA zu den PPP-Projekten geplant und werde ab sofort wieder in den Sitzungskalender aufgenommen.

Bgo. Formella ergänzt, die entsprechenden Unterlagen würden am 15.01.10 zur Prüfung an den Kreis Mettmann gegeben, so dass eine Beratung am 16.02.10 möglich sei.

11./ Mitteilungen

Protokoll:

Bgo. Formella berichtet, der Städte- und Gemeindebund habe mit Datum vom 04.12.2009 eine Modellrechnung zum Einheitslastenabrechnungsgesetz übersandt. Danach ergäben sich für die Stadt Haan folgende Rückzahlungsansprüche:

2006: 1.204 TEUR
2007: 288 TEUR
2008: 841 TEUR

2.333 TEUR

Dieses Gesetz solle Anfang 2010 in Kraft treten. Dieser Rückzahlungsbetrag sollte bis zur endgültigen Gesetzesentscheidung nur unter Vorbehalt gesehen werden.

Bgo. Buckesfeld kündigt eine gemeinsame Sondersitzung der Ausschüsse PIUA und WLA für Freitag, den 18.12.009 um 16 Uhr im Sitzungssaal der Stadt Haan an. Einziger Tagesordnungspunkt sei eine Eilsache zum Bebauungsplan "Windhövel".

Bgm. vom Bover teilt mit, dass der steuerliche Querverbund zwischen Hallenbad und Stadtwerken nicht bewilligt werde. Sollte sich dieser gerichtlich erstritten werden können, gebe es nur eine Bestandsgarantie bis Ende des Jahres 2011, so dass es aus seiner Sicht kaum Sinn mache, weiter hierüber nachzudenken.